

Wasserburg unter der Lupe



Neujahrsgrüße des Bürgermeisters

Liebe Wasserburgerinnen, liebe Wasserburger, im März 2014 wurde ich wieder zum Bürgermeister gewählt. Wie schon in den zwölf Jahren zuvor will ich auch in meiner dritten Amtsperiode gemeinsam mit dem Stadtrat und der Stadtverwaltung viel für die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Eine solide Haushaltslage – die Stadt hat mehr Rücklagen als Schulden – ermöglicht auch in Zukunft Investitionen für ein attraktives und zukunftsfähiges Wasserburg am Inn. Viele, wegweisende Aufgaben erwarten uns in den nächsten Jahren: die Bewältigung der Verkehrsprobleme in der Altstadt und am Bahnübergang in Reitmehring, der Neubau des Museumsdepots oder auch bauliche Verbesserungen für unsere beiden Feuerwehren. Viele konstruktive Lösungen warten also auf die Umsetzung, gemeinsam mit dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und insbesondere Ihrer Unterstützung.

Zusammen mit Ihrer Wasserburger SPD wünsche ich Ihnen ein glückliches und gesundes Jahr 2015.

*Ihr Michael Kölbl
Erster Bürgermeister*

Themen im Ortsverein

von Bettina Knopp (bk), Erste Vorsitzende im Ortsverein der SPD

Nach der Wahl ist vor der Wahl, aber die ist zum Glück noch in weiter Ferne. Aus diesem Grund hat die SPD Wasserburg nun Gelegenheit sich zu einigen Themen zu positionieren und ihre Kernthemen (neu) zu entdecken. Mit der Aktion zur B 15 neu ist ein erster Schritt getan worden. Der Ortsverein brachte seine Ablehnung gegen den geplanten Neubau der rund 26 Meter breiten, vierspurigen Straße ohne Geschwindigkeitsbegrenzung“ beim gleichnamigen Drachenfest „Gegenwind“ zum Ausdruck. Rund 50 Kinder und Erwachsene hatten sich auf der Wiese zwischen den Bundesstraßen B 304 und B 15 im Stadtteil Reitmehring versammelt, um ihre zuvor selbst gebastelten Drachen und Luftballons steigen zu lassen. Das Drachenfest hat großen Anklang gefunden und die Resonanz in der Presse und der Bevölkerung hat uns gezeigt, dass wir einen Nerv getroffen haben. Nun gilt es weitere lokale Themen zu identifizieren, sich zu positionieren und Aktionen zu starten.



Über den Tellerrand

Die SPD Wasserburg hat im letzten Jahr auch über den Tellerrand hinaus geschaut. Bei der jährlichen Fahrt nach Berlin, die vom Büro der Bundestagsabgeordneten Dr. Bärbel Kofler organisiert wird, war die SPD Wasserburg mit sechs Teilnehmern als stärkste Fraktion vertreten. Bei der Fahrt wurden der Bundestag, der Bundesrat, die BND Zentrale, die Willy-Brandt-Stiftung und der „Tränenpalast“, in dem die deutsch-deutsche Teilung aufgearbeitet wird,

besichtigt. Diese Fahrt ist ein Muss für alle neuen und auch nicht mehr so neuen SPD Mitglieder.

Aber auch in der näheren Umgebung hat die SPD ihre Fühler ausgestreckt. So waren die beiden Bürgermeister und der Ortsvorstand bei der Klausur des Kreisvorstands Rosenheim-Land eingeladen. Hier wurden landkreisübergreifende Themen wie Verkehrspolitik und Tourismusförderung besprochen. Klar wurde

auch, dass der Kreisverband und die Ortsverbände enger zusammenarbeiten müssen. Ein erster Schritt wurde damit getan, dass Niko Huber die monatlichen Treffen des Kreisverbands begleitet und sich Antje Wegener, Burkhard Martl und Anne von Löwenfeld bei den Sitzungen der Ortsvorsitzenden im Landkreis engagiert haben. Es bleibt zu hoffen, dass daraus gemeinsame Aktionen über die Wahlkampfaktivitäten hinaus erwachsen.(bk)

300 Tage konstruktive Arbeit im neuen Stadtrat

Gesagt, getan!

von Wolfgang Janeczka, Fraktionssprecher der SPD

Wasserburg - Rund 40 Wochen sind vergangen, seit die SPD zum dritten Mal in Folge als stärkste politische Gruppierung bei den Kommunalwahlen 2014 hervorgegangen ist. Dank Ihrer Stimmen konnten viele Vorhaben der SPD bereits umgesetzt werden, wie zum Beispiel die Sanierung der Mittelschule oder das Voranbringen der Barrierefreiheit in der Altstadt.

Viele Ziele wurden erreicht und neue Aufgaben liegen vor uns. Der Bogen spannt sich dabei von der Attraktivitätssteigerung des Raumes Wasserburg bis hin zu seiner zukunftsweisenden Weiterentwicklung, in der Altstadt wie in den einzelnen Stadtteilen. Wir wollen, dass das Leben in Wasserburg auch für zukünftige Generationen lebenswert bleibt. Deshalb müssen die sozialen Einrichtungen, Schulen und Kindergärten, zum Beispiel in der Altstadt, weiterhin aufgewertet werden. Ganztagesbetreuung, Mittagstisch und eine sozialpädagogische Begleitung sind wichtige Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Vernetzung der sozialen Angebote durch das Sozialbürgerhaus in den Bereichen Beratung, Erziehungshilfe, Senioren, Migranten und Neubürger soll vorangebracht werden. Bei den Baumaßnahmen müssen wir den Bedürfnissen der älter werdenden Bevölkerung entgegenkommen und für mehr Teilhabe ist die Barrierefreiheit im Stadtgebiet weiter zu verbessern. Bei der Vergabe von Baugrund durch die Stadt möchten wir die Familien besonders berücksichtigen. Auch in den vergangenen 300 Tagen des neuen Stadtrates ist die SPD-Fraktion treibende Kraft, wenn es um Verbesserungen in Wasserburg geht. Wir werden deshalb im Stadthaushalt darauf Wert legen, dass für unsere Vorhaben auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung zur Verfügung steht. Wir setzen auf die konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen im Stadtrat. Dabei ist weniger das „Wer hat 's erfunden?“ entscheidend.

Ausschlaggebend sind vielmehr kreative Ideen, die Sinn machen und Vorteile für Bürgerinnen und Bürger in Wasserburg und im Umland bringen.



Die SPD-Fraktion im Stadtrat: von links Friederike Kayser-Büker, Marlene Hof-Hippke, Dr. Christine Mayerhofer, Wolfgang Janeczka, Michael Kölbl, Werner Gartner, Irene Langer und Peter Stenger.

Foto Gartner

Stammtisch wird Treffpunkt

Stammtisch? Das ist doch für ewig Gestrige – dachte sich der neue Vorstand, nachdem er im Juni gewählt worden war und benannte ihn kurzerhand in Treffpunkt um. Dieser soll seitdem dazu dienen, dass sich die Mitglieder der SPD in Wasserburg zu aktuellen Themen austauschen. Im vergangenen Jahr haben wir es geschafft, jeweils einen Abend zur B15 neu, dem TTIP und der Situation von Flüchtlingen in der Region zu

machen. Dabei ergaben sich interessante Diskussionen, die in Zukunft auch in Anträgen an den Stadtrat münden sollen. Um die Kommunikation zu erleichtern und auch Vorträge zu ermöglichen, finden die Treffpunkte ab 2015 immer am zweiten Dienstag eines Monats in der Burgstube statt. Wem ein Thema unter den Nägeln brennt – bitte immer her damit! (bk)

TTIP

Ein Kommentar Niko Huber

Was passiert gerade: Vertreter von USA und Europa verhandeln...außerdem verhandeln sie...und sie verhandeln...ab und zu wird eine Zusammenfassung veröffentlicht oder ein europäisches Bürgerbegehren nicht zugelassen. Unsere Bundesregierung hält sich hinter allgemeinen Phrasen relativ bedeckt. Nichts Genaues weiß man nicht. Sigmar Gabriel ist irgendwie dafür, zumindest für die Verhandlungen. Strategie der Oberen heißt „den Eindruck von Transparenz erwecken, das Thema nur nicht zu oft erwähnen“, sonst ist am Ende ganz Deutschland ein Stuttgart-21-Gedächtnis-Demo. Außerdem am Ende ja nicht die nationalen Parlamente abstimmen lassen, sonst könnten die das ablehnen. Taktisch klug wird die Entscheidung, ob die nationalen Parlamente abstimmen dürfen, erst mal vertagt, um den jeweiligen Regierungen nicht zu sehr zu schaden, die Wähler würden das entsprechend bestrafen. Aktueller Verhandlungsstand bei TTIP: schwer zu sagen. Es gibt einige Dokumente, aber über die wirklichen Details wissen nur eine Handvoll Leute Bescheid. Man hat auf Druck der Öffentlichkeit einige Dokumente veröffentlicht, aber man hat keinen wirklich einen tiefen Einblick. Man veröffentlicht was, damit alle mal wieder ruhig sind, aber nicht mehr als das, was man ohnehin nicht schon geahnt hat. Sitzungsprotokolle, in denen auch

Lobbyvertreter und deren Ansichten eingeflossen sind, gibt es nicht. Nur Zusammenfassungen und Überblicke, manchmal sogar auf Deutsch. Nicht so wie in einem Parlament, da wird bei der Verhandlung über wichtige Gesetze jeder Zwischenruf penibelst aufgeschrieben. Bei TTIP brauchen wir das nicht, da genügt ein geheim tagender kleiner Zirkel.

Wer vertritt die Verbraucher, die Bürger in diesen Sitzungen? Direkt keiner. Gerhard Polt sagte mal in einem Stück: „wir brauchen keine Opposition, den wir sind schon demokratisch.“

Mein Fazit: Freihandel abzulehnen macht keinen Sinn. TTIP ablehnen schon, denn es soll über das Hilfsmittel des „Freihandelsvertrags“ wesentlich mehr verändert werden, als wir eigentlich wollen. Schiedsgerichte brauchen die USA und Europa nicht, wir haben ein funktionierendes Rechtssystem, man hat ausreichend Möglichkeiten sein Recht durchzusetzen.

Meine Lösung zu TTIP: Verhandlungen auf Null und wieder komplett neu und völlig transparent beginnen. Neulich sagte ein MdB, sie hoffe, dass das TTIP auf das Wesentliche zurechtgestutzt wird und dass verhandelt wird, um was es eigentlich geht. Alles andere wäre eine Katastrophe!

Acht Fakten zu TTIP

- *TTIP - Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, ein neues Freihandelsabkommen zwischen Europa und USA, die zusammen mehr als die Hälfte des globalen Bruttosozialproduktes erwirtschaften.*
- *Verhandlungen aktuell: Das von den Bürgern der EU gewählte EU-Parlament hat eine Kommission bestimmt, die für uns verhandelt. Bis vor kurzem alles streng geheim, auf Druck der Öffentlichkeit wurden einige Grundzüge veröffentlicht.*
- *Wer entscheidet über das Verhandlungsergebnis: EU-Parlament und Rat. Strittig ist, ob alle 28 nationalen Parlamente das Ergebnis ratifizieren müssen. Die Ablehnung auch nur eines Parlaments würde zur Ablehnung des gesamten Abkommens führen.*
- *Gegner und Befürworter: Es finden sich in allen politischen Lagern Befürworter und Gegner. Die Grünen und Teile der SPD-Abgeordneten könnten mit Gruppierungen vom rechten Rand die Annahme des Abkommens verhindern. In den meisten Ländern der EU wird nur wenig über TTIP oder CETA diskutiert.*
- *SPD-Europaabgeordnete Maria Noichl: Das Abkommen richtet sich zu sehr nach den Konzernen und nicht nach den Bürgern. Ein Verbraucherschutzabkommen wäre ihr lieber.*
- *SPD Bundesvorstand: Wir wollen keine Absenkung von Standards im Umweltschutz und den Verbraucher- und Arbeitnehmerrechten. Sigmar Gabriel hat einen Beirat mit Vertretern von Gewerkschaften, einer*

Anti-Korruptions-Organisation, der Verbraucherzentrale und dem BUND bestimmt.

- *MdB Dr. Bärbel Kofler (SPD) aus Traunstein fordert: Auch kritische Stimmen müssen zu Wort kommen. Keine Geheimverhandlung, keine Schiedsgerichte und mehr Transparenz!*
- *Die Kommunalen Verbände haben sich in einem Positionspapier für den Abbau von Handelshemmnissen ausgesprochen, wollen aber den Kommunen die Daseinsvorsorge erhalten und nicht durch ein „rein am Wettbewerbsgedanken“ orientiertes Verfahren ersetzen.*

Obwohl in fast allen Parteien auch Befürworter des Freihandelsabkommens sind, gibt es viele Kritikpunkte: die Geheimniskrämerei bei den Verhandlungen, die Gefahr der Absenkung europäischer Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, die Einsetzung von Schiedsgerichten in einem Rechtsstaat.

von Anne Höffer von Loewenfeld

Impressum

SPD-Ortsverein Wasserburg
vertreten durch die Erste Vorsitzende
Bettina Knopp
Auf der Burg 4
83512 Wasserburg
www.spd-wasserburg.de
Redaktion Wolfgang Janeczka (wj)
Konzept, Gestaltung und redaktionelle
Betreuung
Helmut Schedel (hs)
Auflage 5000
Druck Druckerei Weigand Wambach
und Peiker GmbH
Dr.-Fritz-Huber-Straße 12
83512 Wasserburg am Inn

Flüchtlinge - Wie schaut es aus in Wasserburg?

Die Zahl der Flüchtlinge hat sich im vergangenen Jahr bei uns mindestens vervierfacht. Zählt man zu den zunächst vorwiegend aus Mali kommenden Asylbewerbern die in verschiedenen – auch städtischen - Wohnungen hauptsächlich in der Altstadt wohnen, gibt es die jugendlichen unbegleiteten Kinder und Jugendlichen ab 15 Jahren (!) aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, Somalia und Eritrea in den zwei Clearingstellen der Rummelsberger Dienste und der Stiftung Attel, und die hauptsächlich aus Nigeria stammenden Flüchtlinge, die in einem Außenbereich der Stadt untergebracht sind.

Warum kommen die Flüchtlinge?

Die allermeisten kommen aus Kampfgebieten. Ihre Geschichte ist voller Gewalt und Krieg. Ganz oft ist mindestens ein Elternteil tot. Sie wollen nicht in irgendeine Kampftruppe rekrutiert werden. Oder, Reste der Familie haben Geld zusammengekratzt um – über Schleuser - zumindest einem das Überleben und ein besseres Leben zu ermöglichen. Sie hatten entweder keine Schule besuchen können oder nur wenige Jahre, und sie hatten keinerlei Arbeitsmöglichkeit.

Viele, besonders die Jüngsten, haben Schlimmes erlebt auf ihrer Flucht, wurden unterwegs in Gefängnisse geworfen, oder waren mit zig anderen in einem unsicheren Boot auf dem Meer unterwegs und sind traumatisiert: „Wir hatten kein Haus mehr, mein Vater ist tot, wir hatten nichts mehr zu verlieren“ „Jedesmal, wenn ich in Syrien anrufe, ist wieder jemand tot, den ich kannte...“

Worum geht es den Flüchtlingen?

Es geht um das Bleiberecht. Auch wenn sie nun mit dem Nötigsten versorgt sind, wollen sie vor allem angstfrei leben, Sicherheit, Asyl, ein neues Leben, lernen, einen

Job. „Ich würde gern lernen und arbeiten, am liebsten als Schreiner“.

Neben der evangelischen Kirche, von der Stadtverwaltung als Anlaufstelle gebeten, einem Patenprojekt, der Berufsschule, die viele junge Asylbewerber aus Wasserburg und Umland aufgenommen hat, oder der Volkshochschule mit zahlreichen Deutschkursen, gibt es etliche sehr rührige ehrenamtliche Helfer in Wasserburg, die dabei helfen, nicht nur existenzielle sondern auch kulturelle Schwierigkeiten zu überwinden.

Was ist (politisch) zu tun?

- *Die Flüchtlingspolitik muss stärker der Gegenwart angepasst werden. Wir dürfen uns nicht nur auf die Hilfe ehrenamtlicher Helfer verlassen.*
- *Allmählich tut sich was. Die Residenzpflicht, welche die Flüchtlinge über einen sehr langen Zeitraum festhielt ist endlich abgeschafft, das Beschäftigungsverbot von vorher vier Jahren (!) ebenfalls. Die Flüchtlinge brauchen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt!*
- *Politische und finanzielle Unterstützung an Bildungsträger für Deutschkurse und Alphabetisierungskurse in Deutsch nicht nur in den großen Städten. Denn Asylbewerber sollen in Bayern ja möglichst dezentral untergebracht werden, dies sollte dann aber auch für ein professionelles Angebot an Deutschkursen gelten.*
- *Bildungsangebote zu mehr Interkultureller Kompetenz, damit es Personen der Bildungsinstitutionen, der Politik und der Wirtschaft besser gelingt, Ausländer und Inländer zu einem guten gemeinsamen Leben in Deutschland, in Bayern zu verhelfen.*

von Marlene Hof-Hippke

Schöne Aussichten?

Betrachtungen eines Reitmehringers Spaziergängers

Sprachlos und ungläubig stehe ich da und betrachte die B 15. PKWs und ziemlich viele Laster ziehen vorbei. Dann wieder eine ganze Zeit nichts – nur der Blick auf Gabersee, dorthin wo der Klinikneubau entstehen soll.

„Ja wo soll sie denn lang führen, diese neue Autobahn quer durch meine Heimat?“, frage ich mich. „Tunnel, Brücken, Lärmschutzwände – zerpflügte, zubetonierte Landschaft. Und wofür?“

Da zwischen Reitmehring und Gabersee kann ich mir das kaum vorstellen! Aber erst in Atteltal/Sendling oder auf der anderen Seite von Wasserburg, in Soyen - das will ich mir nicht vorstellen!

Ja ja, ich weiß schon, damit man aus den neuen Bundesländern staufrei zum Brenner kommt und damit die Autobahn Nürnberg – München entlastet wird, damit der Großraum Landshut besser angebunden wird, damit angeblich Arbeitsplätze geschaffen werden, Gewerbe angesiedelt und Gewerbesteuer gezahlt wird.

Wenn ich jetzt also dies nicht will, dann schade ich dem Wachstum!?

Ach ja, was heißt hier jetzt eigentlich geplante Trasse? Es ist schon irgendwie seltsam, dass man erst mal plant und dann die Leute mit vollendeten Tatsachen konfrontiert. Demokratie geht doch irgendwie anders, auch in Bayern, oder? Und jetzt wundern sie sich, all die „Verkehrspolitiker“, dass wir so nicht einverstanden sind.

Es ist ja jetzt nicht so, dass ich gegen eine neue B 15 bin. Wir brauchen Ortsumfahrungen und Unfallschwerpunkte müssen entschärft werden. Auch sichere Möglichkeiten zum Überholen mit einer wechselseitigen dritten Spur sollten geschaffen werden. Ja aber muss es bei den Verkehrszahlen denn gleich eine Autobahn sein, getarnt als B 15 Neu. Da würde doch der Ausbau der bestehenden Straße zu einer zwei plus eins Trasse ausreichen.

Mehr, größer, schneller und weiter – alles muss wachsen mit dem Ziel des maximalen Profits. Wer schützt uns eigentlich vor dieser Gier?

Ich wünsche ein schönes neues Jahr,

Ihr Spaziergänger Jürgen Scheller